

Wirtschaft/WKÖ/Wirtschaftspolitik/Staatsschuldenkrise

Staatsschuldenkrise in Europa: Diskussion über stärkere wirtschaftspolitische Koordination

Utl.: Wirtschaftspolitische Gespräche von WKÖ und IHS zur
Staatsschulden-Krise - Diskussion über Konsequenzen, mögliche
Staatspleiten und Lohnkosten

Wien (OTS/PWK535) - "Der Euro ist eine der größten Innovationen des geldpolitischen Spektrums", stellt Christoph Schneider, Leiter der Stabsabteilung für Wirtschaftspolitik der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), zu Beginn der Wirtschaftspolitischen Gespräche von WKÖ und dem Institut für Höhere Studien (IHS) über die Staatsschuldenkrise in Europa fest.

Schneider verweist auf Versäumnisse der österreichischen Politik bei der Schuldenbekämpfung: Als Österreich vor 15 Jahren der Europäischen Union beigetreten ist, habe das Land eine Schuldenquote von circa 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) wie Schweden, Finnland oder Holland gehabt. Während die Vergleichsländer in den Phasen der Hochkonjunktur ihre Schulden auf bis zu 30 Prozent des BIP gesenkt hätten, "hielt Österreich beharrlich an seinen Schulden fest" und ging mit diesem hohen Staatsschuldenniveau in die Krisen und kommt nun mit noch viel höheren Schulden heraus. Daher fordert Schneider einen konsequenteren Abbau der österreichischen Staatsschulden: "Nun geht es um Leistung, Governance und Ursachenbekämpfung."

Thomas Wieser, Leiter der Sektion Wirtschaftspolitik und Finanzmärkte im Finanzministerium (BMF), begann sein Statement mit einer Genese der Krise: "Die Finanzmarktkrise bahnte sich wie Wasser ihren Weg von Amerika nach Europa und suchte sich dabei den Pfad des geringsten Widerstandes". Auch Österreich kam durch das Ost-Engagement seiner Banken in Bedrängnis, was man aber durch eine Wachstumsentwicklung und "eine Portion Marktpsychologie" wieder wett machen konnte. Die Staatsschuldenkrise sei zudem nicht auf Europa beschränkt, die USA und Japan hätten mit ähnlichen Problemen zu kämpfen. Wichtig sei nun ein "entschlossenes wirtschaftspolitisches Vorgehen" der Europäischen Union. So hielt Wieser ein Plädoyer für eine umfassende wirtschaftspolitische Kooperation der EU, die auch eine verstärkte fiskalpolitische Koordination beinhalten müsse, aber nicht zu einer "bürokratischen Selbstreflektion" in Brüssel verkommen dürfe: "Die Not der Stunde zwingt zu raschen Lösungen." Asymmetrien, wie es sie bei der Lohn- und Preispolitik gebe, könnte man durch eine Koordination innerhalb der Euro-Zone ausgleichen.

Hier hakte IHS-Chef Bernhard Felderer ein, der meinte, eine rasche wirtschaftspolitische Koordination würde sich in den nächsten Monaten nicht bewerkstelligen lassen, es brauche nun rasche kurzfristige Lösungen. Fest stehe für Felderer, dass die Europäische Union eine stärkere Koordination brauche: "Doch die Frage ist: Wie weit soll diese gehen?"

Wieser ist vor allem über die Lohn- und Preisentwicklungen "mancher südliche EURO-Staaten" alarmiert, die nicht durch entsprechende Produktivitätszuwachsrate gerechtfertigt seien. Denn: "Lohnsteigerungen müssen durch Produktivitätssteigerungen abgesichert sein." Dies sei jedoch nicht der Fall, so haben sich die Löhne, vor allem im öffentlichen Sektor, "exorbitant" gesteigert, teilweise gar um 100 Prozent. Diese Schieflage gelte es "wieder unter Kontrolle zu bringen." Die Gefahr eines Staatsbankrottes von Griechenland sieht Weber jedoch nicht. (AC)

Rückfragehinweis:

Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Dr. Christoph Schneider
Tel.: +43 (0)5 90 900 4499
<mailto:Christoph.Schneider@wko.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/240/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0148 2011-07-13/13:53

131353 Jul 11

Die Inhalte dienen ausschließlich zur redaktionellen Verwendung und zur individuellen Information des Nutzers. Eine unveränderte Verwendung der Texte, Bilder, Grafiken, Audios und Videos auf einer nicht durch APA OTS autorisierten Homepage ist ebenso wie eine Speicherung in Datenbanken oder eine sonstige Weitergabe an Dritte nicht gestattet. Ebenso sind Direktlinks auf Meldungsaufrufe untersagt. Für den Fall, dass Sie die Inhalte weitergeben, speichern oder gewerblich nutzen möchten, wenden Sie sich bitte an: Tel.++43-1/36060-5300 oder an info@ots.at